



BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Ratsfraktion - Hiroshimaplatz 1-4, 37083 Göttingen

Geschäftsführung: Jürgen Bartz

Telefon: 0551/400-2785
Telefax: 0551/400-2904
GrueneRatsfraktion@goettingen.de
www.gruene.de/goettingen

Antrag für den
Bau- und Planungsausschuss
am 8.11.2007

25. Oktober 2007

Planfeststellungsverfahren für technischen Hochwasserschutz im Stadtgebiet aussetzen.

Der Ausschuss möge dem Rat zum Beschluss vorlegen:

„Die Verwaltung wird beauftragt über die Erfolge der nach dem Ratsbeschluss vom 6.9.2002 mit den „zuständigen Behörden der Länder Niedersachsen und Thüringen“ und dem „Landkreis Göttingen“ geführten Gespräche insbesondere zum präventivem Hochwasserschutz Bericht zu erstatten. Es soll dargestellt werden, wie die Ergebnisse der konkreten Hochwasserschutzprojekte dieser Behörden in die Berechnungen und Planungen zum aktuellen Planfeststellungsverfahren eingegangen, da sich die neuen von den alten Planungen kaum unterscheiden.

Angesichts der erheblichen Eingriffe in die Natur (Beeinträchtigung des Fließgewässerökosystems der Leine durch Ausbaggern des Flussbetts und Schädigung von Uferbäumen durch die Deicherhöhung) wird die Verwaltung beauftragt die im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens angestellten Modellrechnungen für alternative und ergänzende Hochwasserschutzmaßnahmen im Göttinger Süden vorzustellen. Vorzulegen sind dabei für eine umfassende Kosten-Nutzen-Betrachtung möglicher Maßnahmen insbesondere die Planungen für alternative oder ergänzende Retentionsräume und eine - nicht nur aus Sicht des Hochwasserschutzes - erwägenswerte Erweiterung des Kiesees (entsprechend dem „Grünkonzept Göttingen“ von 1987).

Möglichweise werden hierdurch ökologische Qualitäten und Stadtbildqualitäten gewonnen, die sich in mehr Grün im bisher weitgehend ausgeräumten Leinebecken, keinem Ausbaggern, weniger hohen Deichen und einer höheren Aufenthalts- und Freizeitqualität des Leinetals auswirken können. Auch diese Potenziale sind von der Verwaltung zu berücksichtigen und darzustellen.

Die Verwaltung wird beauftragt das Planfeststellungsverfahren insbesondere in Hinblick auf die Leinevertiefung und die Erhöhung der Deiche im Göttinger Stadtgebiet bis zur Klärung dieser Sachverhalte auszusetzen.

BÜNDNIS 90

DIE GRÜNEN

Begründung:

Die aktuellen Planungen der Stadtverwaltung zur Vertiefung der Leine und zur Erhöhung der Deiche führen zu einer erheblichen Beeinträchtigung des Ökosystems Leineaue und verursachen Kosten in Millionenhöhe. Aus Sicht der GRÜNEN sind sie daher allenfalls als „ultima Ratio“ zu betrachten, wenn Möglichkeiten des naturnahen Hochwasserschutzes im Oberlauf der Leine ausgeschöpft sind. Dies ist jedoch zum aktuellen Zeitpunkt nicht der Fall.

Das Recht der Bürger auf einen angemessenen Hochwasserschutz steht für die Grünen außer Frage. Es stellt sich aber die Frage nach der Verhältnismäßigkeit und Art der Mittel: Der Schutz vor einer „Jahrhundertflut“ erfordert weniger aufwendige Maßnahmen als Maßnahmen, die Schutz vor deutlich höheren Pegelständen bieten sollen. Ein solcher Hochwasserschutz kann bedingt mit „technischen“ Mitteln (Ausbaggern, Deicherhöhung, Schöpfwerke u. a.) erreicht werden, aber auch durch naturnahe Maßnahmen. So müssen beispielsweise Wiesen und Äcker im natürlichen Einflussbereich der Flussaue als Rückhalteräume genutzt werden, um den Abfluss des Wassers zu verzögern und die Pegelstände zu senken.

Angesichts des aktuellen Klimawandels und zunehmender Starkregenereignisse haben sich die Grünen anlässlich des katastrophalen Elbehochwassers in einem Ratsantrag am 6.9.2002 nachdrücklich für Hochwasserschutzmaßnahmen ausgesprochen, die auch einem 500 Jährigen Hochwasser standhalten. Gleichzeitig forderten sie den „naturnahen Hochwasserschutz an der Leine zu forcieren“. Sie warnten vor den Folgen großer Straßenbauprojekte (A38, Ausbau der A7, neue B80, Südostumgehung Rosdorf, Südumgehung Göttingen) und forderten die Verwaltung auf, beim Land Niedersachsen und beim Landkreis vorstellig zu werden, um gemeinsam ein entsprechendes Konzept für den Hochwasserschutz zu erarbeiten. Fünf Jahre nach diesem Ratsantrag darf die Frage erlaubt sein, zu welchem für Göttingen nützlichen Ergebnis die Verhandlungen geführt haben?

Die Stadt Göttingen setzt – man möchte schon sagen traditionell - einseitig auf „technischen“ Hochwasserschutz. Nach dem Rückzug des Landes aus den Planungen für das Großprojekt „Hochwasserrückhaltebecken Reinshof“ war von kleineren und naturverträglicheren Varianten und alternativen Retentionsräumen kaum noch die Rede. Stattdessen konzentrierten sich die Planer auf die Vertiefung des Flusses im Stadtgebiet und auf die Erhöhung der Deiche, um die maximale Durchflussmenge zu erhöhen. Die jüngsten Hochwasserereignisse in den Regionen Göttingen und Hildesheim sollten Anlass sein, diese Haltung zu überdenken.

Die vorliegenden Pläne - die die Leineaue weder ökologisch noch städtebaulich wesentlich attraktiver machen - werden, trotz einzelner mühsam errungener Fortschritte, nicht nur von Umweltverbänden und Anglern zu Recht kritisiert. Nicht zuletzt dem neuen Göttinger Klärwerk ist es zu verdanken, dass heute in der Leine eine erstaunlich hohe Zahl gefährdeter und geschützter Arten leben, die durch das Ausbaggern des Flusses bedroht würden. Die Vertiefung des Flussbettes führt zu einer nachhaltigen Störung des Ökosystems, das sich über Jahrzehnte ungestört entwickeln konnte. Auch von den Bäumen auf der heutigen Deichkrone würde mindestens jeder zweite die Anschüttung des Stammfußes im Rahmen der Erhöhung der Deiche nicht überleben. Da insbesondere die Beeinträchtigungen in der Aue nicht auszugleichen sind, stehen die geplanten Maßnahmen auch im Konflikt mit der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie, die ausdrücklich ein Verschlechterungsverbot vorschreibt.

Ergänzende und alternative Überlegungen sind dringend geboten. Auch sollte die Stadt zukünftig stärker als in der Vergangenheit im Rahmen ihrer Möglichkeiten ihren Einfluss geltend machen, wenn bauliche Bauprojekte und Maßnahmen im Oberlauf der Leine die Hochwassergefahr im Göttinger Stadtgebiet erhöhen. Dies gilt insbesondere für Straßenbauprojekte, Gewerbeansiedlungen oder Veränderungen an bestehenden Rückhaltebecken (Beispiel: Wendebachstausee).

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN



Pressemitteilung

12. Februar 2009

GRÜNE fordern zügige Umsetzung von naturnahem Hochwasserschutz Stadtverwaltung bestätigt Überschwemmungsgefahr für historische Altstadt

Die GRÜNE-Ratsfraktion fordert die Göttinger Stadtverwaltung auf, sich umgehend für eine zügige Umsetzung naturnaher Hochwasserschutzmaßnahmen für Göttingen und Umgebung einzusetzen. "Die jetzige Planung ist auf ein sogenanntes 100-jähriges Hochwasser ausgerichtet. Aufgrund der zu einem großen Teil von Menschen verursachten klimatischen Veränderungen müssen wir davon ausgehen, dass das nächste Hochwasser ein 500-jähriges sein kann und schon im nächsten Sommer stattfindet", befürchtet die Fraktionsvorsitzende der GRÜNEN Margit Göbel.

Göbel stützt sich mit ihrer Forderung auf die Antwort der Stadtverwaltung auf eine Anfrage von den GRÜNEN in der Bauausschusssitzung vom 22.08.2002. Die Verwaltung bestätigt: "Sollte sich jedoch im Einzugsgebiet der Leine eine Abflusswelle ergeben, die einem 200- bis 500-jährigen Ereignis zugeordnet werden kann, so ist der Hochwasserschutz für das Stadtgebiet nicht mehr gewährleistet". Die Verwaltung bescheinigt außerdem, dass in einem solche Falle nicht nur die bisher gefährdeten an der Leine angrenzenden Stadtbereiche überflutet werden, sondern "... zusätzlich die Bereiche der Lotzstraße/Stegemühlenweg, große Teile der historischen Altstadt sowie die Flächen zwischen Königsallee und Maschmühlenweg."

Nach Meinung von Göbel sind die Gefahren nicht nur auf den Klimawandel zurückzuführen. Die Länder (Niedersachsen und Thüringen) und die Kommunen hätten durch das vorherrschende Verständnis von technischem Hochwasserschutz selbst zu ihrer Gefährdung beigetragen. Der Kanalisierung der Leine und ihrer Zuflüsse sowie der Versiegelung von Flächen für Bau- und Verkehrsprojekte im Leinetal müsse endlich Einhalt geboten werden. "Geplante Verkehrsprojekte wie die Süd/Ost-Umgehung Rosdorf und die Südumgehung werden rücksichtslos durch Überschwemmungsgebiete der Leine geführt", argumentiert Göbel. Dagegen würden bereits angedachte Projekte, wie die Renaturierung der Leineaue oder die Schaffung von naturnahen Überschwemmungsflächen sowohl vom Land als auch von den verantwortlichen Gemeinden vernachlässigt und auf die lange Bank geschoben.

Für die GRÜNEN besteht jedoch dringend Handlungsbedarf. Die Stadtverwaltung müsse ihre eigenen Konzepte überdenken und zügig Verhandlungen mit dem Land und dem Landkreis aufnehmen. Die GRÜNEN werden das Thema Hochwasserschutz zum Gegenstand eines Ratsantrages in der Septemberratssitzung machen.

Margit Göbel, Heike Nüchel

Anlage: Die Antwort der Verwaltung im Bauausschuss vom 22.08.2002 - wurde per Fax übersandt -

Der Antrag für die Ratssitzung wird auf Anfrage zugeleitet.

(Im Falle von Rückfragen: bitten wir sie sich an Frau Göbel heute nur unter 0170/9106805 erreichbar - die Handy-Nr. gilt nur für den heutigen Tag oder an Herrn Holefleisch 0551/53089 zu wenden.